

**Öffentliche Niederschrift über die  
13. Sitzung des Kreisausschusses (11. Wahlzeit)  
des Landkreises Trier-Saarburg  
am 17.08.2020 im Sitzungssaal der Kreisverwaltung in Trier.**

Beginn: **16:50** Uhr

Ende: **19:18** Uhr

**Anwesenheit**

Vorsitz

Herr Landrat Günther Schartz

Mitglieder

Herr Wolfgang Benter

Frau Stephanie Freytag

Herr Bernhard Henter

Herr Dieter Klever

Vertretung für Herrn Matthias  
Daleiden

Herr Sascha Kohlmann

Frau Dr. Kathrin Meß

Frau Stephanie Nickels

Herr Claus Piedmont

Herr Paul Port

Herr Lothar Rommelfanger

Frau Marianne Rummel

Frau Ingeborg Sahler-Fesel

Frau Kathrin Schlöder

Herr Markus Thul

bis 18:48 Uhr (TOP 10)

mit beratender Stimme

Herr Kreisbeigeordneter Helmut Reis

Herr Erster Kreisbeigeordneter Arnold Schmitt

Frau Kreisbeigeordnete Simone Thiel

Verwaltung

Herr Reinhard Benzkirch

Abteilungsleiter Abteilung 10 –  
Sicherheit, Ordnung und Verkehr  
(TOP 7)

Herr Joachim Christmann

Herr Ronny Folz

Herr Christoph Fuchs

Frau Anne Hennen

Herr Dr. Harald Michels

Leiter des Geschäftsbereichs II  
Abteilung 5 - Schulen und Bildung  
Büroleiter

Gleichstellungsbeauftragte  
Abteilungsleiter Abteilung 9 –  
Gesundheitsamt (TOP 10)

Herr Rolf Rauland

Frau Hannah Schmitz

Herr Stephan Schmitz-Wenzel

Herr Dr. Jürgen Staadt

Leiter des Geschäftsbereichs I  
Presse

Leiter des Geschäftsbereichs III  
Abteilungsleiter Abteilung 3 –  
Gebäudemanagement (TOP 2, 5)

### Gäste

Frau Samara Gogräfe  
Herr Harald Jansen  
Herr Beigeordneter Thomas Schmitt

SWR  
Trierischer Volksfreund  
Stadt Trier

### nicht anwesend:

#### Mitglieder

Herr Jens Ahnemüller  
Herr Matthias Daleiden

entschuldigt  
entschuldigt

### Zur Geschäftsordnung

Der **Landrat** eröffnet die Sitzung des Kreisausschusses und begrüßt dessen Mitglieder, die Gäste sowie die Mitarbeiter der Verwaltung.

Einwendungen gegen Form und Frist der Einladung gibt es nicht.

Der **Landrat** weist zu Beginn der Sitzung auf die getroffenen Hygienemaßnahmen aufgrund der Corona-Krise hin.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt der **Landrat** mit, dass es folgende Nachträge zur Erweiterung der Tagesordnung gebe:

- 1) IGS Hermeskeil – Sanierung der Brandmeldeanlage – Auftragsvergabe im öffentlichen Teil
- 2) Sofortausstattungsprogramm DigitalPakt Schule – Vergabeermächtigung im öffentlichen Teil

Der **Kreisausschuss** stellt die Dringlichkeit fest und beschließt einstimmig, die Nachträge zur Erweiterung der Tagesordnung zur heutigen Sitzung aufzunehmen. Sie werden fortan als neue Tagesordnungspunkte 4 und 6 geführt.

Es bestehen keine weiteren Änderungen, somit wird die Tagesordnung wie nachfolgend dargestellt abgewickelt.

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 4. IGS Hermeskeil - Sanierung der Brandmeldeanlage - Auftragsvergabe  
Vorlage: 0248/2020**
- 5. Balthasar-Neumann-Technikum - Brandschutzmaßnahmen Auftragsvergaben; Vorlage: 0229/2020**
- 6. Sofortausstattungsprogramm DigitalPakt Schule - Vergabeermächtigung  
Vorlage: 0254/2020**
- 7. Situationsbericht zur Zulassungsstelle; Vorlage: 0252/2020**
- 8. Förderung der freien Wohlfahrtsverbände; Vorlage: 0228/2020**
- 9. Corona-Hilfe für anerkannte freie Träger der Jugendhilfe für ausgefallene Jugendfreizeiten; Vorlage: 0241/2020**
- 10. Informationen und Anfragen**

4. **IGS Hermeskeil - Sanierung der Brandmeldeanlage - Auftragsvergabe**  
**Vorlage: 0248/2020**

**Protokoll:**

Der **Vorsitzende** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Da seitens des **Kreisausschusses** keine Fragen bestehen, fasst er sodann folgenden Beschluss.

**Beschluss:**

Der Kreisausschluss beschließt das in der Sachdarstellung der Vorlage erläuterte Auftragsvorhaben in Höhe von 29.340,16 € zur Durchführung der Sanierung der Brandmeldezentrale an der IGS Hermeskeil.

Brandmeldeanlagen DIN 14675

Marbach Sicherheitstechnik GmbH, Am Alten Flugplatz 1, 54294 Trier  
in Höhe von 29.340,16 €

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

5. **Balthasar-Neumann-Technikum - Brandschutzmaßnahmen Auftragsvergaben; Vorlage: 0229/2020**

**Protokoll:**

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Auf Rückfrage der Fraktionsvorsitzenden **Sahler-Fesel** (SPD) antwortet der **Vorsitzende**, dass es nicht an der Zeit sei, einzelne Gewerke vorzuziehen. Dies könne den Ablauf durcheinander bringen.

Abteilungsleiter **Dr. Stadt** fügt hinzu, dass die Maßnahmen am Balthasar-Neumann-Technikum planmäßig zügig zügig vorgesehen seien.. Maßnahmenverzögerungen haben daran gelegen, dass ein Bearbeiter sowie ein Prüfer aufgrund persönlicher Umstände ausgefallen seien.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

**Beschluss:**

Der Kreisausschuss beschließt die in der Sachdarstellung der Vorlage erläuterten Auftragsvergaben, in Höhe von 205.087,14 €, zur Durchführung der Brandschutzmaßnahmen am Balthasar-Neumann-Technikum.

Raumluftechnik DIN 18379  
Junkes Klimatechnik  
Monaiser-Straße 21 54294 Trier  
in Höhe von 106.707,19 €

Trockenlöschleitung DIN 14462  
Leyendecker  
Rohrerweg 8 54518 Esch  
in Höhe von 98.379,95 €

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

**6. Sofortausstattungsprogramm DigitalPakt Schule - Vergabeermächtigung  
Vorlage: 0254/2020**

**Protokoll:**

Landrat **Schartz** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Es bestehen keine Fragen seitens des **Kreisausschusses**. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

**Beschluss:**

Der Kreisausschuss nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis und beschließt, aus den Mitteln des Sofortausstattungsprogrammes Laptops und Tablets inkl. Zubehör, Software und Installation soweit möglich über die Rahmenverträge des Landes zu beschaffen. Der Landrat wird ermächtigt, im Rahmen des zur Verfügung gestellten Finanzrahmens in Höhe von 271.164,38 € alle erforderlichen Aufträge zu erteilen. Sofern eine Beschaffung über den Rahmenvertrag des Landes kapazitätsbedingt nicht möglich sein sollte, erstreckt sich die Ermächtigung auch auf alternierende Vergabeverfahren.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

**7. Situationsbericht zur Zulassungsstelle;  
Vorlage: 0252/2020**

**Protokoll:**

Der **Landrat** verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung und begrüßt herzlich den Beigeordneten der Stadt Trier, Herrn Thomas Schmitt. Er sei eingeladen, da er für die gemeinsame Zulassungsstelle zuständig sei. Er bitte um eine nüchterne und sachliche Beratung. Durch die Corona-Krise seien die Arbeitsabläufe etwas abweichend von der Normalität gewesen.

Eingangs hebt der Beigeordnete **Schmitt** die gute Zusammenarbeit mit dem

Landkreis Trier-Saarburg hervor. Der Landkreis sei kürzlich unterstützt worden, indem 6 städtische Mitarbeitende zum Gesundheitsamt abgestellt worden seien. Zusätzlich sei die Integrierte Leitstelle der Region Trier sowie die Behördenrufnummer 115 personell verstärkt worden. Trotz der insgesamt guten Zusammenarbeit gebe es den die in der Kritik stehende gemeinsame Zulassungsstelle. Diese habe zu keinem Zeitpunkt geschlossen gehabt. Für dringende Fälle sei sie geöffnet gewesen. In den beiden Monaten März und April habe es einige Zulassungen gegeben. Die Zulassungszahlen seien im Vergleich zum Vorjahr keineswegs rückläufig. Autohäuser und Zulassungsdienste konnten zu jeder Zeit Zulassungen beantragen. Durch den Lockdown hatten diese allerdings zeitweise geschlossen. Zwischenzeitlich hatten die Außenstellen Saarburg und Hermeskeil in der Corona-Krise geschlossen. Inzwischen sind diese Standorte wieder unter Beachtung der Hygienemaßnahmen und nur mit Terminvergabe geöffnet. Alles andere sei derzeit nicht zu verantworten. Der Faktor Terminvergabe habe eine limitierende Wirkung, da der jeweilige Schalter dadurch zeitlich belegt sei. Die Wartezeiten seien an den verschiedenen Standorten gegenwärtig rückläufig. Beispielsweise bekomme eine Bürgerin/ ein Bürger in Saarburg und in Hermeskeil nach etwa 1,5 Wochen einen Termin angeboten. Autohäuser und Zulassungsdienste bekommen aufgrund ihrer Anzahl an Zulassungen einen Wunschtermin. Vor der Corona-Krise seien auch Wartezeiten bei den Zulassungsstellen in Kauf zu nehmen. Zudem gebe es immer die Möglichkeit der Online-Zulassung via Internet. Dieses Verfahren sei von der Stadt Trier offensiv beworben worden, aufgrund dessen bereits einige Kundinnen und Kunden davon Gebrauch gemacht haben. Die Zulassung gehöre zur sogenannten Auftragsverwaltung. Aus diesem Grund sei die Verwaltung an den Bundesgesetzgeber gebunden, der eine Standardsoftware zur Verfügung stelle. Er hoffe, dass sich die aktuellen Wartezeiten im Laufe der Zeit noch weiter verkürzen lassen, falls es die augenblickliche Lage zulasse. In den Sommermonaten gebe es einen Sondereffekt, wenn viele Bürgerinnen und Bürger Motorräder, Campingwagen, etc. als Saisonfahrzeuge zulassen. So auch in diesem Jahr. Die Sicherheits- und Hygienemaßnahmen seien bei den Zulassungsstellen vor Ort eingeführt worden. Alle Mitarbeitenden werden inzwischen wieder eingesetzt. Es seien noch 4 Stellen neu zu besetzen. Hierzu finden in Kürze Vorstellungsgespräche statt. Ferner sei die Abteilungsleitung neu besetzt worden. Insgesamt sei es keine einfache Aufgabe für die Gesamtverwaltung gewesen.

Der **Landrat** dankt dem Beigeordneten Schmitt herzlich für seine Ausführungen zu dieser Thematik. Der Ausbau der Onlinezulassung könne insgesamt den Aufwand vereinfachen.

Die Auffassung seiner Vorredner teile der Fraktionsvorsitzende **Henter** (CDU). Die Zulassungsstelle sei ein wichtiger Bereich in der Verwaltung. Ausgangspunkt der Diskussionen im Kreisausschuss sei ein Artikel des Trierischen Volksfreunds samstags vor einer diesjährigen Sitzung gewesen. Bei der Zulassungsstelle erhalten die Mitarbeitenden ein mäßiges Entgelt für die zu leistende Arbeit. Von Bedeutung sei, dass für die Bürgerinnen und Bürger eine Zufriedenheit hergestellt werde. Wartezeiten gebe es wahrscheinlich bei Zulassungsstellen und anderen behördlichen Einrichtungen deutschlandweit. Die Zufriedenheit der Bevölkerung mit der Verwaltung werde an solchen Dingen gemessen. Verwundert habe ihn lediglich, dass erst im Anschluss nach einer Schließungsdauer von 4 Wo-

chen Sicherheitsvorkehrungen getroffen worden seien, anstatt sie währenddessen zu installieren.

Der Beigeordnete **Schmitt** bekräftigt, dass in seiner Amtszeit 5 Vollzeitstellen in diesem Bereich geschaffen worden seien. Die Bezahlung richte sich derzeit nach der Entgeltgruppe E6. Dies gehe auf eine Überprüfung des Rechnungshofes Rheinland-Pfalz zurück. Zusätzlich würde die Aufsichtsbehörde vermutlich keine weiteren Stellenschaffungen zulassen. Bei der Zulassungsstelle herrsche eine hohe Fluktuationsrate aus den genannten Gründen. Es gehe momentan Schritt für Schritt in Richtung Normalität zurück. Die Zufriedenheit der Öffentlichkeit sei seiner Wahrnehmung nach hoch.

Kreisausschussmitglied **Kohlmann** (CDU) berichtet, dass er aus der Presse entnommen habe, dass der Landkreis Trier-Saarburg sich bei größeren Diskrepanzen gerne eigenständig, um die Zulassungsstellen kümmern könne. Der Publikumsverkehr sei ein wichtiger Faktor für diese Stellen. Die schnelle und unkomplizierte Zulassung eines Fahrzeugs sei wichtig.

Für dringende Fälle seien immer Reservetermine vorhanden, so der Beigeordnete **Schmitt**. Er könne momentan nicht verantworten, Publikum und damit verbundene Warteschlangen, zuzulassen.

Kreisausschussmitglied **Kohlmann** (CDU) betont, dass das Zulassungsverfahren insgesamt verbessert werden müsse. Es sei nach heutigem Stand für die Bevölkerung zu kompliziert.

Der Beigeordnete **Schmitt** erklärt abermals, dass die Stadt Trier bemüht sei, Wartezeiten zu verbessern. In dringenden Fällen könne kurzfristig ein Termin vereinbart werden. Ferner stehe die Behördenrufnummer 115 zur Verfügung. Er könne mit heutigem Stand nicht voraussagen, wann der Publikumsverkehr, im Umfang wie vor Corona, zugelassen werden könne.

Der **Landrat** führt aus, dass aktuell bei allen Verwaltungen bzw. Behörden eine Menge Arbeit aufgrund der Corona-Krise anfalle. Er könne die Ausführungen vom Beigeordneten Schmitt nachvollziehen. Die ADD Trier sowie der Rechnungshof Rheinland-Pfalz als Aufsichtsbehörden hätten keinen Publikumsverkehr, würden sich allerdings anmaßen, erforderliche Maßnahmen der jeweiligen Verwaltungen zu beurteilen.

Auf Rückfrage des Kreisausschussmitgliedes **Kohlmann** (CDU) versichert der Beigeordnete **Schmitt**, dass er die alltäglichen Probleme der Bevölkerung kenne. Er könne sich dem Landrat anschließen, dass in der aktuellen Lage viele Kompromisse eingegangen werden müssen. Es können durchaus zwei weitere Zulassungsstellen beispielsweise in Schweich und in Konz geschaffen werden. Allerdings müsse dann über die Finanzierung und weitere Details verhandelt werden. Aus seiner Sicht sei die Stadt Trier sowohl aus Schweich als auch aus Konz gut erreichbar. Die Stadtverwaltung habe das Gesundheitsamt kürzlich personell verstärkt, trotz der fehlenden Zuständigkeit. Aus diesem Grund bitte er an anderer Stelle um Nachsicht.

Nachdem der **Landrat** hervorgehoben hat, dass der Landkreis keine personellen Möglichkeiten besitze, um die Zulassungsstellen derart zu unterstützen, erläutert die Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD), dass die Zulassungsstelle bereits vor einigen Jahren im Fokus gestanden habe. Vor der Corona-Krise mussten die Bürgerinnen und Bürger ebenso Wartezeiten bei der Zulassungsstelle in Kauf nehmen. Das sei vertretbar. Von der Einrichtung weiterer Außenstellen halte sie aus organisatorischen Gründen nicht viel. Die Anzahl der Arbeitsplätze sei letztendlich dennoch begrenzt. Sie interessiere sich für den möglichen personellen Spielraum bei den Zulassungsstellen.

Der Beigeordnete **Schmitt** bejaht die Fluktuation in diesem Bereich. In Rheinland-Pfalz hatten während der Lockdown-Phase viele Zulassungsstellen geschlossen. In dieser Zeit habe die Trierer Zulassungsstelle lediglich dringende Fälle zugelassen. So sei es in die Öffentlichkeit kommuniziert worden. Seit April sei die reguläre Zulassung von Fahrzeugen wieder möglich. Digitale Änderungen seien im Prozess. Eine deutliche Verbesserung sei bei der Wartezeit mit vorheriger Terminvereinbarung zu verzeichnen. Im Durchschnitt habe diese nicht länger als 5 Minuten gedauert.

Auf Rückfrage der Kreisbeigeordneten **Thiel** (CDU) hinsichtlich des Onlineterminvereinbarungssystems für Hermeskeil und Saarburg spricht der Beigeordnete **Schmitt** an, dass in den Außenstellen jeweils nur ein Schalter vorhanden sei. In der Vergangenheit sei dort Publikumsverkehr gewesen. Zurzeit laufe der Betrieb jedoch nur mit Terminvereinbarung. Diese beiden Standorte seien noch nicht in das System eingepflegt.

Landrat **Schartz** wolle diese Anregungen gerne mitnehmen. Die Verlässlichkeit sei das Hauptthema in diesem Bereich.

Kreisausschussmitglied **Benter** (CDU) teilt mit, dass ihm die anfänglichen Ausführungen vom Herrn Beigeordneten ausgereicht haben. Die Arbeit der Verwaltung sei gut gelaufen. Zurzeit herrsche eine absolute Ausnahmesituation durch das Corona-Virus, die sich in absehbarer Zeit nicht sonderlich verbessern werde. Persönlich habe er keine Beschwerden von der Bevölkerung wahrgenommen. Er erkundigt sich, ob es eine Übersicht gebe, um wie viele Fälle es sich bei der „Notfallzulassung“ handle.

Konkrete Zahlen dazu gebe es nicht, allerdings werde die Mehrzahl der Fahrzeuge geplant gekauft, so der Beigeordnete **Schmitt**. In einem Versuch habe er landesweit die Wartezeiten bei Zulassungsstellen anderer Behörden testen lassen. Dabei sei herausgekommen, dass lediglich der Eifelkreis Bitburg-Prüm eine Wartezeit von 1,5 Wochen bis zum Termin vorweise. Alle anderen haben längere Wartezeiten preisgegeben. Bei Ummeldungen können sich die Betroffenen auch an die Bürgerämter wenden. Dort könne wahrscheinlich ein schnellerer Termin vereinbart werden. Der Onlinezugang könne durchaus künftig barrierefreier gestaltet werden.

Der **Landrat** stimmt zu, dass die Onlinezulassungsmöglichkeit stärker beworben werden müsse, um mögliche Engpässe vor Ort zu vermeiden.

Der Fraktionsvorsitzende **Henter** (CDU) merkt an, dass die Frage, warum beispielsweise Zulassungsdienste sofortige Termine erhalten und die Bevölkerung mit Wartezeiten rechnen müsse, an ihn herangetragen worden sei.

Der Beigeordnete **Schmitt** erklärt, dass die Zulassungsdienste eine große Menge an Zulassungsanträgen einmalig abgeben. Dies sei schneller und leichter zu bearbeiten als Einzelanträge. Ansonsten gebe es die bereits angesprochene Limitiertheit des Schalters.

Angenehm überrascht von der kurzen Wartezeit nach vorheriger Terminvereinbarung zeigt sich der Erste Kreisbeigeordnete **Schmitt** (CDU). Er plädiere für eine stärkere, gemeinsame Bewerbung des Onlinezulassungsverfahrens mit der Stadt Trier. Aus seiner Sicht lernen die Bürgerinnen und Bürger schnell den Umgang mit einem solchen Verfahren.

Die Fraktionsvorsitzende **Dr. Meß** (Die Linke) findet, dass die Stadtverwaltung völlig verantwortungsvoll, auch im Hinblick auf die eigenen Mitarbeiter, gehandelt habe. Aus ihrer Sicht habe kein dringendes Erfordernis bestanden Herrn Beigeordneten Schmitt zu dieser Sitzung einzuladen.

Der **Landrat** verdeutlicht, dass der Kreisausschuss ein Kommunalgremium sei, das sich mit den Angelegenheiten der Bürgerinnen und Bürgern beschäftige. Ein herzliches Dankeschön richtet er an den Beigeordneten der Stadt Trier, Herrn Thomas Schmitt. Die Anwesenden haben die Bemühungen der Zulassungsstelle zur Kenntnis genommen. Er bitte darum, dass die Anregungen des Ersten Kreisbeigeordneten Schmitt (CDU) durch den Beigeordneten Schmitt weiter vorangetrieben werden.

## **8. Förderung der freien Wohlfahrtsverbände; Vorlage: 0228/2020**

### **Protokoll:**

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Kreisausschussmitglied **Rummel** (Bündnis 90/ Die Grünen) merkt an, dass die Punkte Frauennotruf sowie Interventionsstelle schon mehrfach in der Vergangenheit angesprochen worden seien. Die Bündnis 90/ Die Grünen-Kreistagsfraktion sehe die in der Vorlage genannten Summen als nicht gerechtfertigt an. Es bestehe ein Missverhältnis zwischen den Beiträgen der Stadt Trier und dem Landkreis Trier-Saarburg. Sie wolle sich nach dem Stand der diesbezüglichen Verhandlungen erkundigen.

Der **Vorsitzende** macht deutlich, dass dieses Thema differenzierter betrachtet werden müsse. Die Stadt Trier erhalte finanzielle Zuweisungen, da sie als Ober- und Mittelzentrum wirke. Dies beinhalte die Hälfte der Bevölkerung des Landkreises Trier-Saarburg. Dementsprechend erhalte die Stadt Trier Schlüsselzuweisungen.

Auf Rückfrage der Fraktionsvorsitzenden **Dr. Meß** (Die Linke) hebt der **Landrat** hervor, dass die in der Vorlage aufgeführten Institutionen auf die Zuschüsse aus

Kreismitteln warten. Aus diesem Grund sei eine langwierige Diskussion in verschiedenen Kreisgremien nicht ratsam.

Die Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD) erläutert, dass in den letzten Jahren ein gemeinschaftlich vernünftiger Weg mit der CDU-Kreistagsfraktion eingeschlagen worden sei. Dieses Einverständnis sollte kurzfristig nicht zerschlagen werden. Ferner habe, auf Initiative des Landrates, die Sparkasse einen Zuschuss für die angesprochenen Institutionen einfließen lassen. Die SPD-Kreistagsfraktion bitte um heutige Abstimmung zu dem vorliegenden Beschlussvorschlag.

Diesem Vorschlag stimmt der Fraktionsvorsitzende **Henter** (CDU) zu. Der in der Vergangenheit getroffene Kompromiss solle weiterverfolgt werden. Die Verwaltung habe zurecht coronabedingte Änderungen vorgenommen. Die Ausführungen des Landrates seien korrekt. Es sei kaum möglich die Einwohnerzahlen und die daraus entstehenden Konsequenzen miteinander zu vergleichen.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

#### **Beschluss:**

Der Kreisausschuss beschließt auf Empfehlung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit die Gewährung von Zuschüssen aus Kreismitteln an die im Landkreis Trier-Saarburg tätigen Verbände der freien Wohlfahrtspflege, sozialdienstlichen Vereine und Selbsthilfegruppen für das Jahr 2020 in der vorgeschlagenen Höhe von insgesamt 17.000,00 EUR.

Darüber hinaus beschließt der Kreisausschuss, dem Verein S.I.E. e.V. aufgrund der durch die Coronapandemie eingetretenen Finanzierungs- und Liquiditätsschwierigkeiten einen zunächst einmaligen weiteren Zuschuss von 5.000 EUR für das Jahr 2020 zu gewähren.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen bei 3 Enthaltungen

### **9. Corona-Hilfe für anerkannte freie Träger der Jugendhilfe für ausgefallene Jugendfreizeiten; Vorlage: 0241/2020**

#### **Protokoll:**

Der **Vorsitzende** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Nach einem kurzen Beitrag der Fraktionsvorsitzenden **Dr. Meß** (Die Linke) hinsichtlich der Dauer der Beschlussfassung, bestehen keine Fragen seitens des Kreisausschusses. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Nach der Beschlussfassung spricht Kreisausschussmitglied **Kohlmann** (CDU) an, dass ein einstimmiger Beschluss gefasst worden sei. Persönliche Statements wie die von der Fraktionsvorsitzenden **Dr. Meß** (Die Linke), die gegen an-

dere Mitglieder gerichtet seien, seien unangebracht.

Dem stimmt der **Landrat** zu. Er befürworte ebenfalls eine sachliche Beratung.

**Beschluss:**

Der Kreisausschuss beschließt, der Internationalen Freizeitjugend sowie dem Jugendring Kasel einen einmaligen Zuschuss in Höhe von rund 50 v. H. der Stornierungskosten, die nicht über Spenden oder sonstige Einnahmen gedeckt sind, zu gewähren. Für die Internationale Freizeitjugend beträgt dieser Zuschuss 5.000 EUR. Für den Jugendring Kasel errechnet sich ein Zuschussbetrag in Höhe von 1.200 EUR.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

## **10. Informationen und Anfragen**

**Protokoll:**

Der **Landrat** begrüßt herzlich Abteilungsleiter Dr. Michels um über die aktuelle Situation des Gesundheitsamtes sowie die Teststation am Markusberg zu berichten. Die Verwaltung habe die Lage derzeit im Griff.

Abteilungsleiter **Dr. Michels** berichtet zunächst über die Teststation für Coronatests, welche am Markusberg in Trier durch das Land eingerichtet worden sei. Zudem geht er auf die Berichterstattung der Presse am Wochenende ein, wonach das Gesundheitsamt Trier in der Kritik gestanden habe, dass die negativen Testergebnisse nicht zeitnah an die Patienten versendet worden seien.

Er erklärt, dass eine unmittelbare Testung aller Urlaubsrückkehrer direkt nach Ankunft kritisch zu betrachten sei, da nicht ausgeschlossen werden könne, dass Symptome im späteren Zeitablauf noch auftreten. Diese Haltung sei mehrfach gegenüber dem Ministerium von mehreren Stellen kommuniziert worden. Zudem informiert er, dass das Gesundheitsamt Trier von der Einrichtung der Teststelle am Markusberg durch die Presse erfahren habe und nicht direkt in das Verfahren einbezogen worden sei. Weitergehend informiert er über die formale Beauftragung der Testungen im Verfahren.

Um sich von der Situation vor Ort ein Bild zu machen, sei er am vergangenen Donnerstag selbst zur Teststation gefahren. Er stellte fest, dass das Personal in die Umsetzung der Testverfahren eingewiesen werden musste. Die Materialausstattung sei zudem fragwürdig. Er habe beispielsweise keine geeigneten Müllbehälter vorgefunden. Spender für die Fülleimer des Desinfektionsmittels fehlten. Zudem sei im Rahmen der technischen Grundausstattung lediglich ein Laptop zur Datenübermittlung vorhanden gewesen. Was die Situation zusätzlich erschwere, sei die Tatsache, dass sich die Testzahlen wegen der beschriebenen Umstände deutlich erhöht haben.

Die Daten der Testungen, welche an das Gesundheitsamt weitergegeben worden seien, würden zudem aus Sicht des Datenschutzes erhebliche Sicherheitsmängel aufzeigen. Die Datenübertragung komme per Bildschirmfax beim Gesundheitsamt an, was mit der Korrespondenz mit dem Robert-Koch-Institut und

den Laboren zu tun habe. Das Gesundheitsamt habe die Daten, aufgeschlüsselt nach den Zuständigkeiten der jeweiligen Gesundheitsämter, gefiltert und in eine Excel-Datei eingegeben. Fraglich sei nun, wie die Getesteten unter Berücksichtigung des Datenschutzes ihr Ergebnis erhalten sollen. Sicherlich sei datenschutzrechtlich der Postweg zu favorisieren, was jedoch nur möglich sei, wenn alle Kontaktdaten der Getesteten vorliegen würden.

Im Vorfeld zur Testung müssten Formulare für die Krankenkasse ausgefüllt werden, welche mit einem QR-Code versehen seien. Dies sei eine mögliche Vorgehensweise, die bisher aber noch nicht störungsfrei funktioniere. Jedoch seien diese Formulare in der vergangenen Woche nicht in ausreichender Form vorhanden gewesen. Seit letztem Dienstag gebe es diese QR-Code-Variante. Jedes Gesundheitsamt in Rheinland-Pfalz stehe gleichermaßen vor diesem Problem und individuelle Lösungen seien notwendig. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn die Länder und der Bund im Vorfeld ein einheitliches System entwickelt hätten.

Natürlich sei die Versendung dieser Negativbefundmeldungen erst mal sekundär, da die Benachrichtigung der positiv getesteten im Vordergrund stehen, um das Umfeld, welches auch infiziert werden könnte, schnellstmöglich zu lokalisieren. Dies sei wichtig, um eine Weiterverbreitung zu vermeiden bzw. zu verringern.

Vergangenen Freitag sei eine Formularänderung durch das Ministerium veranlasst und an das Gesundheitsamt weitergeleitet worden. Dabei werde nun abgefragt, ob der Getestete mit einer Datenübertragung per Email einverstanden sei. Damit solle scheinbar dem Datenschutz genüge getan werden.

Die Vorgehensweise im Gesamten sei sehr unbefriedigend für alle beteiligten Institutionen.

Von Landesseite sei personelle Verstärkung angeboten worden, jedoch ohne zeitliche Kontinuität. Die Kreisverwaltung habe dem Gesundheitsamt personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt. Die Krankheitslast bei den Mitarbeitenden des Gesundheitsamtes steige aufgrund der aktuell und dauerhaft hohen Belastung.

Der **Landrat** kritisiert, dass die Politik um schnelle Lösungen in der Corona-Krise bemüht sei, wobei die fachlich Ebene, die vor Ort zuständig sei, oft außer Acht gelassen werde. Es gebe momentan einige gute Ansätze. Jedoch könne niemand auf höherer politischer Ebene konkrete Angaben zur Umsetzung machen. Bei weiterhin starker Zunahme der zu testenden Personen, müssen die Betroffenen bei negativem Befund damit leben zwei bis drei Tage auf ihr Ergebnis zu warten, da das Gesundheitsamt zurzeit stark beansprucht werde. Die positiven Infektionsfälle werden selbstredend unmittelbar informiert. Überdies sei es unsolidarisch von Personen, die den kostenlosen Corona-Test in Anspruch nehmen, ohne einen Infektionsverdacht zu haben. Diese Kapazitäten könnten anderweitig besser genutzt werden. Von Reiseverboten halte er nichts. Das Gesundheitsamt sei in den letzten Jahren sehr stark beansprucht worden. Bereits mit Beginn der Flüchtlingskrise 2015 sei der Arbeitsaufwand enorm hoch gewesen. Er bedanke sich an dieser Stelle sehr herzlich bei den Mitarbeitenden des Gesundheitsamtes. Am heutigen Tag habe er ein konstruktives Gespräch mit dem Staatssekretär des Gesundheitsministeriums, Herrn Wilhelm, gehabt. Die Bundes- und Landesverwaltungen seien gefordert, um die kommunalen Gesundheitsämter zu entlasten. An einem Strang zu ziehen sei im Sinne aller.

Zusammenfassend hält er fest, dass dem Land Rheinland-Pfalz kürzlich personelle Forderungen gestellt worden seien. Weiterhin sei das Erfassungsformular für die Teststation am Markusberg optimiert worden. Die Lehrerinnen und Lehrer seien darauf hingewiesen worden, dass für ihre Testung die niedergelassenen Ärzte die richtigen Ansprechpartner seien. Hierzu gebe es vom Land eine Vereinbarung mit der kassenärztlichen Vereinigung.

Demgegenüber findet der Fraktionsvorsitzende **Henter** (CDU), dass es im gesamten Bundesland 4 Teststationen gebe. Er sehe die Testung von möglichst vielen Personen grundsätzlich positiv. Er bedanke sich herzlich bei der geleisteten Arbeit des Gesundheitsamtes. Auf Landes- und Bundesebene gebe es gute Umsetzungsansätze, die jedoch nicht bis ins Detail geplant seien.

Die Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD) zeigt sich verärgert, dass medial die Versäumnisse bei der Testung in Bayern auf die Situation in Trier übertragen worden sei. Sie schließe sich den herzlichen Danksagungen an das Gesundheitsamt an. Die Mitarbeitenden gehen durch die langfristige Belastung langsam am Rande ihrer Möglichkeiten. Beim Gesundheitsamt des Landkreises Trier-Saarburg sei die Arbeitsweise vorbildlich.

Kreisausschussmitglied **Rommelfanger** (SPD) berichtet von einem Anruf eines ehemaligen Kreistagsmitgliedes, das sich im MVZ Konz testen lassen wolle. Leider sei dort niemand diesbezüglich zu erreichen. Er danke ausdrücklich dem Gesundheitsamt für die zu leistende Arbeit.

Für das Verhältnis der Zahlen interessiert sich das Kreisausschussmitglied **Rummel** (Bündnis 90/ Die Grünen). Es sei die Frage, ob durch die vermehrte Testung mehr positive Infektionsfälle entdeckt werden.

Abteilungsleiter **Dr. Michels** teilt mit, dass es widersprüchliche Angaben zum Ende der Teststation gebe. Das rheinland-pfälzische Gesundheitsministerium habe den 31.08.2020 als Termin ausgegeben. Das Deutsche Rote Kreuz sei bis zum 30.09.2020 dorthin abgestellt. Die Politik sollte der ausführenden Behörde einen zeitlichen Rahmen mit einer Vorlaufzeit zur Umsetzung der jeweiligen Maßnahme geben. Einen Unterschied mache der Begriff Einreisende statt Rückreisende, der mit Mehraufwand verbunden sei. Im gesamten Land seien die kommunalen Gesundheitsämter der Meinung, dass ein negatives Testergebnis nicht heißen könne, dass diese Person in den kommenden beiden Wochen doch positiv infiziert sei. Er bitte um dauerhafte Verstärkung des Gesundheitsamtes, da bei einigen Personen das Renteneintrittsalter absehbar sei.

Mehr Tests bedeuten durchaus, dass mehr positive Befunde festgestellt werden. Die meisten von ihnen zeigen im Verlaufe ihrer Krankheit typische Symptome.

Der **Landrat** erklärt, dass im heutigen Kreisvorstand beraten worden sei, dass das Gesundheitsamt personell verstärkt werde. Der Landkreistag Rheinland-Pfalz habe eine politische Forderung gestellt, um eine Aufstockung des Personals zu bewirken. Es bleibe eine Daueraufgabe in den nächsten Jahren aufgrund rentenbedingter personeller Abgänge. Ein herzliches Dankeschön richtet er an Abteilungsleiter Dr. Michels für die heutigen Ausführungen.

Der **Kreisausschuss** nimmt die Informationen zur Kenntnis.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmenden.

Der Vorsitzende:

(Günther Scharz)  
Landrat

Der Protokollführer:

(Andreas Reichert)